

Plötzlich packt Jens Nacke die Wut

Eklat im Landtag: SPD-Fraktionschef Schostok provoziert die CDU – mit einem Rassismusbefehl

im ist Le-An-ner-ten-ung die aber-ert-en-gen em-an-ten-chen-Ini

das in-ge-be-nt-Va-ll-zen des art-ol-und des tte-l-m-en-ten-Ini

An-d-für-ge-sen-mn-en-er die-pts-er-so-alls-Ini

gs-igt-ten-ri-ur, den Al-cti-ung-nz-an-abb



„Unverschämtheit“: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Jens Nacke, reagiert entrüstet auf den vermeintlichen Rassismusbefehl von SPD-Fraktionschef Stefan Schostok. dpa (2)

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Tumult im Landtag. Am Rednerpult steht SPD-Fraktionschef Stefan Schostok. Er macht gerade eine Generalabrechnung mit der Politik der CDU-FDP-Landesregierung, geißelt die Flüchtlingspolitik und sagt, Wissenschaftler sprächen in diesem Fall gar von „institutionellem Rassismus“. CDU-Geschäftsführer Jens Nacke, der ganz vorne sitzt, fährt aus der Haut. „Unverschämtheit“, ruft er und lässt sich in seinen Zwischenrufen gar nicht bremsen. „Welche Wissenschaftler sagen das?“ Die CDU lasse sich keinen Rassismus vorwerfen. „Schmutziger Wahlkampf“ sei das, sagt Nacke. Schostok, der erst keine Antwort weiß, schaut den erregten Christdemokraten entgeistert an. Landtagsvizepräsident Dieter Möhrmann hat Mühe, Ruhe in die Debatte zu bringen, droht mit Sitzungsunterbrechung. Es geht, wieder einmal, um die Flüchtlingspolitik.

Der Fall, den Schostok anspricht, ist bundesweit bekannt. Es geht um Gazale Salame, die vor sieben Jahren abgeschoben wurde und von ihrer bei Hildesheim lebenden Familie getrennt ist. Zahlrei-

che Prominente haben sich inzwischen Hilfe suchend an Ministerpräsident David McAllister gewandt. Er möge doch Gnade vor Recht ergehen lassen – unter ihnen die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und der DRK-Präsident Rudolf Seiters, ehemals Bundesinnenminister unter Helmut Kohl. Doch die beiden sind wie viele andere mit

Formbriefen abgespeist worden, Schostok zitiert die „Süddeutsche Zeitung“, in der von „institutionellem Rassismus“ die Rede ist. CDU und FDP verlangen eine Distanzierung Schostoks, der erst zögert, dann den Vorfall erklärt und sagt, er habe nichts zurückzunehmen. Starker Beifall der Opposition.

Ministerpräsident McAllister, den

Süßmuth um Hilfe bat, schweigt. Dafür kommt Innenminister Uwe Schönemann ans Pult. „Das ist eine Unverschämtheit“, sagt er zu dem Vorwurf, der ohne genauen Adressaten im Raum ist. Im Fall Salame hätten das Innenministerium sowie der Landkreis Hildesheim sich nur von rechtsstaatlichen Prinzipien leiten lassen. Schönemann berichtet von persönlichen Bemühungen, den verzwickten Fall doch noch irgendwie zu lösen. Dafür müsste Gazale Salame, die in der Türkei lebt, aber ihren früheren Lebensgefährten Ahmed Siala heiraten – „dann könnte die Familie zusammengeführt werden.“ Doch das wollten die beiden nicht. Er könne nicht handeln bei Menschen, die im Ausland lebten, sagt Schönemann noch, der vor gut einem halben Jahr die Familie Nguyen wieder aus Vietnam nach Hoya zurückgeholt hat. CDU-Geschäftsführer Jens Nacke will Schostoks „un glaubliche Entgleisung“ jetzt noch einmal im Ältestenrat des Landtages besprechen lassen. Die Grüne Gabriele Heinen-Kljajic bemüht sich um Mäßigung: „Aber die Regierung, Herr Nacke, muss sich gefallen lassen, dass ihre Ausländerpolitik keinen guten Leumund hat.“

KOMMENTAR

Ein ödes Spiel

Ein CDU-Geschäftsführer tobt, als hätte man einen Kampfhund von der Leine gelassen, ein SPD-Fraktionschef zieht, um im Bilde zu bleiben, erst den Schwanz ein und sagt dann, er habe ja „nur“ zitiert – und die ganze Aufregung dreht sich um einen Begriff, den jeder anders versteht: Der niedersächsische Landtag spielt wieder einmal Eklat, ein ziemlich ödes Spiel. Nur zur Aufklärung: Der Begriff vom „institutionellen Rassismus“,

den der CDU-Mann Nacke prompt auf Innenminister Schönemann bezog, stammt aus der Black-Power-Bewegung. Es geht um vielfältige Diskriminierungen, seien sie rechtlicher oder politischer Art, nicht um persönliche Schuld. Schönemann, so umstritten seine Flüchtlingspolitik auch bleibt, ist kein Rassist. Aber Niedersachsens Umgang mit Flüchtlingen ist in vielen Fällen, freundlich formuliert, diskriminierend.

MICHAEL B. BERGER

Lotto-Statesvertrag verfassungswidrig?

Weniger Lust

Fenster schließen

Ausschnitt drucken

e t z t r c c t l t i i V v I j s s I e E c M F v i e c b I a r g t z g z U e t s C r v s U V v g V i i c s e t z h r k